

Referat von Bettina Jürgensen, Mitglied der DKP und Vorstandsmitglied der „marxistischen linken“ auf dem UZ-Pressesfest 2016

## **Probleme der Zusammenarbeit der politischen Linken gegen Krise und das Erstarken nationalistischer und rassistischer Kräfte**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,

### **Zustand**

Spätestens seit dem Jahr 2008 mit dem Beginn der schwersten Krise, der Großen Krise, des Kapitalismus seit 1929 zeigt sich wieder, dass dieses System nicht das Ende der Geschichte sein kann. Zu offensichtlich wird versucht mit gesetzlichen Regelungen der Krisenbewältigung durch das Abwälzen der Lasten auf die Rücken der Bevölkerung zu begegnen. Zu deutlich sind bereits seit Jahren der immer weitere Abbau von Demokratie, die Einschränkung selbst der Rechte aus der bürgerlichen Demokratie wird vorangetrieben.

Viele Menschen sind mit dieser herrschenden Politik nicht einverstanden, von diesen wollen einige (oder auch viele?) linke Alternativen.

Es gibt eine große Zahl an linken Organisationen, Parteien, Initiativen - die jede für sich ihre Politik entwickeln. Die Mitglieder und Akteure beraten sich in ihren Gruppen, haben allerdings in der Regel den Anspruch, die politischen Zielsetzungen nicht nur für sich und ihre Gruppe zu fordern, sondern sehen sich – mehr oder weniger – als Interessenvertretung vieler, manchmal der Mehrheit der Menschen. Dies gilt insbesondere für Parteien, die neben dem Kampf für aktuelle Veränderungen auch gesamtgesellschaftliche Änderungen anstreben.

Allerdings wird die Zusammenarbeit untereinander – also mit anderen linken Gruppen – häufig beschränkt auf die Durchsetzung punktueller politischer Forderungen.

Gemeinsame Aktionen und die Zusammenarbeit in Bündnissen gegen Krieg, gegen Faschismus, für soziale Gerechtigkeit, sind seit Jahrzehnten für die meisten Organisationen selbstverständlich, aktuell kommen u.a. hinzu Blockupy und die Arbeit gegen TTIP, wieder neu und anders ist die Antirassismusbewegung. Um die Inhalte, die Ziele und die Aktionsformen wird immer wieder neu gerungen.

Bei einem großen Teil linker Gruppen ist die Verständigung über Kernforderungen zu ihren Themen in der Regel zielführend, und wer sich nicht unter Aufrufe setzen mag, nimmt oft genug trotzdem an Aktionen mit eigenen Aufrufen teil. Weil es um die Sache geht.

Unübersehbar ist der Abbau sozialer Errungenschaften, der Ausbau der Rechte des Innengeheimdienstes Verfassungsschutz wurde soeben beschlossen – was gleichzeitig den Abbau von demokratischen Rechten bedeutet. Es ist die Zeit, in der die Konzerne mit Unterstützung von Regierenden ihre weltweiten Profite durch Handelsabkommen sichern und gleichzeitig die Rechte der Menschen beschränken mit TTIP, CETA und TISA und allen bereits unbeachtet von der Öffentlichkeit hergestellten ähnlichen Abkommen, wie z.B. das mit afrikanischen Staaten. Sie greifen tief nicht nur die demokratischen Rechte an, sondern befördern auch den Abbau sozialer Standards.

Die Kriegsgefahr wächst ständig, auch mit der Ausweitung der NATO und das Säbelrasseln gen Osten, besonders ist Russland gemeint, gewarnt werden sollen alle damit. Die Militarisierung nimmt weiter zu, wird zunehmend auf viele gesellschaftliche Bereiche

ausgedehnt, Soldaten und Krieg sollen immer mehr wieder zu selbstverständlichen „Erscheinungen“ im Leben werden.

Die Rechtsentwicklung und der Rassismus treten wieder verstärkt mit gewalttätigen Übergriffen, mit Hetze, mit Mord auf und der öffentlichen Aufforderung, an den Grenzen auf Geflüchtete zu schießen. Dramatisch, dass diesen Parolen Wahlergebnisse mit Sitzen in Landtagen folgen.

### **Warum aktiv werden? Und wofür?**

Gründe für den Kampf um Veränderungen gibt es also genug, er wird in vielfältiger Form auch vor Ort geleistet.

Vielen jedoch ist der kleine, weil auf bestimmte Probleme fixierte, gemeinsame Nenner nicht genug. So gab und gibt es immer wieder die Aufforderung an linke Kräfte, sie sollten konkreter, zielgerichteter und kontinuierlicher zusammen arbeiten. Dieser Wunsch kommt aus diesen Gruppen (Organisationen, Parteien usw.) selbst, jedoch oft auch von solchen, die sich nicht organisiert haben, die „nur“ aktiv sind mit uns linken Gruppen und anderen. Einige wünschen gar die Vereinigung, das Zusammengehen aller politisch links agierenden Organisationen.

Ist es nur ein Wunsch, eine Hoffnung, gerade in dieser Zeit die Stärke der linken Kräfte deutlich zu machen?

Oder ist es nicht geradezu politische Notwendigkeit, sich dem kapitalistischen System gemeinsam zu widersetzen?

Die Mehrheit der so befragten Organisationen würde diese Frage sicher mit JA beantworten. Und sie wissen sehr oft auch, wo die Gemeinsamkeiten liegen. Viele kennen aber auch die trennenden Argumente, die das gemeinsame Politikentwickeln oft schwierig machen.

Ja - Den linken Kräften geht es letzten Endes um die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse. Die Eigentumsfrage ist eine der wesentlichen Fragen - wem gehören die Banken und Konzerne, wer entscheidet darüber, in wessen Händen befinden sich die wichtigsten Produktionsmittel, was und wie wird produziert?

Aber: Dies ist, ich möchte schon sagen, nur die eine Frage.

Denn es geht auch um alle anderen Bereiche des Lebens, die zum Wohl der Mehrheit der Menschen zu verändern sind. Es geht u.a. auch um einen Kampf für eine saubere Umwelt, den Kampf gegen den Hunger, gegen den Krieg, gegen Rassismus und Faschismus, für die Durchsetzung von Demokratie, um die Gleichberechtigung der Frau, um hier nur einige Punkte zu nennen.

Vom Kapital werden zum Erhalt ihrer Macht immer neue Weichenstellungen vorgenommen, die genannten Beispiele machen dies deutlich, die Politik der EU belegt es. Wir sehen den Druck, der auf Griechenland und andere Länder gemacht wird, wir erleben ihn in den Betrieben, in den Schulen und Universitäten, bei der Agentur für Arbeit oder der Arbeitssuche als Hartz IV-Empfänger\*in.

Gegen diese Politik des Kapitals können nur durch aktive Auseinandersetzung soziale und demokratische Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Menschen durchgesetzt werden. Dieser Kampf um Veränderungen, und dabei auch das Aufzeigen der Alternative Sozialismus ohne Zeigefinger und Besserwisserei, muss jetzt geführt werden. Und dies nicht allein, sondern um erfolgreich zu sein mit Vielen, mit ganz Vielen. Und am Besten überall: im alltäglichen Lebensumfeld, im Betrieb, Schule, Uni, auf dem Arbeitsamt, in den Bewegungen und Gewerkschaften, in der Nachbarschaft.

Menschen sind schon immer für ihre Interessen und Forderungen in Bewegung geraten. Mal mehr, mal weniger. In den letzten Jahren bis heute gibt es eine Menge Aktivitäten, mit denen gesagt wurde: wir wollen eine andere Politik!

Erinnern wir uns an Stuttgart21, Aktionen gegen die Laufzeitverlängerung der Atommeiler, gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte, gegen die Kürzungen im Bildungsbereich, die „Sozial Gerechtigkeit-Aktionen“, die vielen gewerkschaftlichen Kämpfe bis zu den Streiks in verschiedenen Bereichen von ver.di und der IG Metall. Denken wir an europaweite Bündnisse und Aktivitäten wie Blockupy und die großen Stop-TTIP-Demonstrationen, an die Friedensaktionen – ob beim Ostermarsch, dem 1. September, an örtliche Aktivitäten gegen Militarisierung und Krieg. Es kann gar nicht alles hier aufgezählt werden, die Bewegung zur Unterstützung für die Geflüchteten darf aber nicht fehlen.

Und in diesen Bewegungen waren überall auch immer linke Kräfte aktiv. Gesellschaftliche Veränderungen in unserem Interesse hat es bisher jedoch nicht gebracht. Wir müssen weiter daran arbeiten, eine breite gesellschaftliche Allianz zu bilden, die in der Lage sein muss, den Kapitalismus überzeugend herauszufordern. Und es müssen glaubwürdige und durchsetzbare Vorschläge zu gesellschaftlichen Veränderungen entwickelt werden.

### **Rolle der Bewegungen**

Menschen schließen sich zusammen, um punktuelle Ziele zu erreichen, die ihre Arbeits- und Lebenssituation positiv verändern. Und inzwischen schließen sie sich auch zusammen, weil sie andere unterstützen wollen, z.B. ihr Leben dort zu leben, wo sie einigermaßen friedliche Bedingungen vorfinden. Einige nennen es helfen, wir sagen Solidarität. Wichtig ist, dass die Akteure in allen Kämpfen ihre eigenen Erfahrungen von Erfolg, aber auch die Einschätzung und Verarbeitung von Misserfolg in diesen Kämpfen machen.

Dabei müssen die unterschiedlichen Motive der Menschen, die sich engagieren, nicht nur akzeptiert, sondern als Beiträge erkannt werden, die in den aktuellen Kämpfen den Widerstand mit entwickeln. Mit diesem Verständnis von Zusammenarbeit können gemeinsame Lernprozesse in Gang gesetzt werden. Die Entwicklung von Klassenbewusstsein ist so als emanzipatorischer Prozess zu verstehen.

Eine linke Organisation, wenn sie die Vernetzung und bessere Zusammenarbeit will, muss daher ein Raum des Dialoges, des Lernens und der solidarischen Diskussion sein. Sie muss sich in politische Prozesse einbringen können, diese mit entwickeln und auch vorantreiben.

Heute geht es darum: "...dass sich unterschiedliche Bewegungen mit ihren unterschiedlichen Ansätzen und Erfahrungen miteinander verbinden und gemeinsam mit ihnen ein Projekt eines neuen Sozialismus des 21. Jahrhunderts entworfen wird.

Das kann nur Ergebnis einer breiten demokratischen Übereinstimmung der Linken und aller emanzipatorischen Bewegungen und das Resultat gemeinsamer Praxis und Lernprozesse sein..." (*Thesen des Sekretariats der DKP, 2010, S. 34/35*)

Das diese These nicht falsch ist, zeigten uns die Bewegung und der Aufbruch der politischen Linken in Griechenland, in Spanien und auch in Portugal. Davon sollten und müssen wir lernen: wie dieser Kampf, dieser Widerstand gegen die EU und für Veränderungen entwickelt wurde, aber auch aus den Rückschritten in diesen Kämpfen, den von vielen als Niederlage empfundenen Resultaten müssen wir lernen. Sie müssen ausgewertet, eingeschätzt werden, dürfen die nächsten Schritte nicht verhindern, sollen in die Entwicklung einbezogen werden. Auch dies gehört zu den Lernprozessen dazu.

Wichtig ist auch das aktive Tun, Selbermachen, und eine Vernetzung der unterschiedlichen Bewegungen, ein gemeinsames Vorgehen gegen den gemeinsamen Gegner.

Dabei nehmen Bewegungen heute in der Regel eine eigenständige und autonome Rolle für politische Veränderungen ein, haben sich eigene Strukturen und Organisationsformen geschaffen, statt sich in bestehende einzufügen. Gerade die Arbeit der Initiativen für Geflüchtete macht dies deutlich, ebenso wie auch hier die Vielfalt der Meinungen und politischer, aber auch „nur“ humanistischer Beweggründe für die Mitarbeit sehr unterschiedlich sind. Manche Aktivist\*innen sehen oft schon ein Zuviel der Gruppen, Initiativen usw., die sich manchmal nur für einen einzigen Punkt zusammensetzen und nach erfolgreicher oder auch nicht erfolgreicher Aktion wieder auseinandergehen – bis zur nächsten Punktaktion. Oft sind es dann die gleichen Menschen für eine andere Sache eintretend.

Politische Aktionist\*innen aus festen und über Jahre strukturierten Gruppen oder Parteien nehmen diese Vielfalt an Punktinitiativen oft gar nicht mehr wahr, oder manchmal werden sie gar als „lästig“ empfunden, weil nicht grundlegende Veränderungen der Politik und schon gar nicht der Gesellschaft gefordert wird. Auch „weil wir doch so wenige sind und uns nicht aufsplintern sollen.“ Die Argumente mögen auf den ersten Blick ziehen, sich deshalb jedoch nicht an diesen Bewegungen zu beteiligen oder es nur mit dem Ziel des Vermittelns der revolutionären Lehre oder des Klassenkampfes zu tun, ist jedoch falsch bis arrogant. Gemeinsames Lernen muss gewollt sein. Und das auch vor Ort und in nächster Nähe, wie Nachbarschaft in denen sich z.B. Willkommenskultur-Bündnisse entwickeln. Hier kommt es auf das Wissen, die Erfahrung und den Einsatz aller verschiedenen und oft sehr unterschiedlichen Menschen und Gruppen an. Und gerade hier lässt sich zeigen, dass gemeinsames Lernen nur in einer gleichberechtigten Gemeinschaft funktioniert; oder es kommt schnell wieder zu dem Muster, dass einige „verkünden“ und andere „glauben“.

Mein Genosse Leo sagte einmal in einer Diskussion: „Es ist eine schlechte Marx-Lektüre, wenn man aus der Aussage, dass die Theorie zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift, schlussfolgert, dass die einen für die Theorie zuständig sind und die Bewegungen/Massen für den „Praxistest“ als Kriterium der Wahrheit der Theorie. Praxis – d.h. auch, damit Aktivität in Bewegungen - bedeutet, dass sich die Menschen einen Kopf darüber machen was sie tun, welche Methoden, Instrumente, sie anwenden, um ihr Ziel zu erreichen. Sie werden also auch theoretisch tätig.“

### **Und nun noch Linke Kräfte**

Nun sind Bewegungen ja nicht einfach mit linken Kräften gleichzusetzen. Doch wenn die Frage nach der Zusammenarbeit linker Kräfte gestellt ist, sollte diese zunächst einmal schon in den Bewegungen erfolgen.

Wer „linke Kraft“ ist (wie definieren wir eigentlich linke Kraft?), wird nicht darum herumkommen, mit denen zusammen zu arbeiten, die, wenn auch nur punktuelle, Veränderungen erkämpfen wollen.

In diesen Bündnissen werden gleichzeitig die Gemeinsamkeiten der linken Kräfte herauskommen, wie auch deren Widersprüche.

Dabei kommen dann die teilweise recht unterschiedlichen Zielvorstellungen zum Vorschein. Und diese scheinen für einige unüberwindbar. Wer als gesellschaftsverändernde linke Kraft mit dem Ziel einer grundsätzlichen Überwindung dieses kapitalistischen Systems dieses Ziel direkt ansteuert, dabei möglicherweise die notwendigen Zwischenschritte völlig ausblendet, wird dies auch in der Zusammenarbeit mit anderen einbringen. Gerade in der Bündnisarbeit

wird aber deutlich, dass viele Veränderungen wollen, jedoch nicht, oder noch nicht, die Notwendigkeit des Bruchs mit diesem System erkennen. Dass die Verschiebung gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse nicht das Ergebnis einer reformorientierten Regierungspolitik ist, wird doch von vielen, auch von solchen mit denen wir als linke Kräfte zusammenarbeiten, oft gar nicht gesehen. Den Glauben, dass die nächsten Wahlen alles ändern werden hat zwar auch (fast) niemand mehr, auf die Revolution, die alles zum Besseren verändert, setzen aber die Massen auch momentan nicht. Und die Linken haben dabei kein einigendes Auftreten nach außen, da sie tatsächlich selbst auch unterschiedliche Wege gehen und teilweise auch unterschiedliche Ziele haben. Natürlich wirken sich unterschiedliche Antworten auf die Fragen nach nächste Etappenziele auch auf die gemeinsame mögliche Arbeit aus.

Dies zeigt sich dann auch in den Aussagen und im Handeln zu wichtigen tagespolitischen Fragen. Ein Beispiel ist die, von linken – sogar kommunistischen Parteien – unterschiedliche Einschätzung der Bedeutung des Brexit für Europa.

Der Nationalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei (PCF) und Vorsitzende der Europäischen Linkspartei, Pierre Laurent, hat zum Ergebnis der britischen Volksabstimmung über den Austritt aus der EU in seiner Erklärung veröffentlicht:

„Die britischen Bürger haben mit 51,9 Prozent für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Das ist ein neuer enthüllender Schock über das Ausmaß der Ablehnung der Menschen gegenüber der neoliberalen EU. Die Zeit ist gekommen, die EU neu zu gründen, eine Union der freien, souveränen und miteinander verbundenen Völker und Nationen aufzubauen, die auf den menschlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet ist. Diese neue Union und die neuen Verträge, die sie verlangt, müssen unter der Kontrolle der europäischen Völker errichtet werden.“

Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele erklärte u.a.:

„Die arbeitenden Menschen in Europa spüren konkret, wie das imperialistische Staatenbündnis EU dazu beiträgt, ihr Leben zu verschlechtern. Spardiktat und Abschottung, Demokratieabbau und Kriegspolitik: Die EU ist ein Werkzeug der Banken und Konzerne. Deshalb begrüßt die DKP die Entscheidung der britischen Wähler, die EU zu verlassen. Dabei sehen wir natürlich auch die rechten Kräfte im Brexit-Lager. Sie haben die sozialen Probleme benutzt, um Angst vor Flüchtlingen zu schüren. Diese Kräfte sind und bleiben unsere Gegner. Wir sind mit dem anderen Nein verbunden: Dem Kampf für einen linken EU-Austritt, dem ‚Nein‘ zur EU als ‚Ja‘ zur internationalen Solidarität, dem ‚Leave‘-Votum, das eine soziale Politik fordert. Dieses andere ‚Nein‘ zur EU zeigt eine Alternative zur asozialen Politik der EU und zur rassistischen Hetze der Rechten.“

Kein Wort von ihm, wie es mit einer Zusammenarbeit linker Kräfte in Europa weitergehen soll, ob diese überhaupt notwendig sind. Ihm scheint der „Kampf für einen linken EU – Ausstieg“ zu genügen. Und wenn er erfolgreich ist, geht's zurück in die Nationalstaaterei? Wie aber soll den rechten Kräften, die den Brexit durchgesetzt haben und die Köbele richtig als Gegner benennt, das Handwerk gelegt werden – in Europa? Die Option eines anderen, sozialen und demokratischen Europa gibt es für ihn nicht.

Auch das unterschiedliche Herangehen linker Kräfte an die Mitarbeit in der Antirassismusbewegung ist offensichtlich. Weil es bürgerliche Kräfte gibt, die dort auch mitarbeiten, wird einer offiziellen Unterstützung des Aufrufes „Aufstehen gegen Rassismus“ durch die DKP eine Absage erteilt, der Partei, deren Mitglieder dieses Fest heute organisiert haben und wo das Dorf des Widerstands ein Teil ist.

Der Aufruf gegen Rassismus wird inzwischen von zig-tausenden Menschen, aber auch hunderte Organisationen getragen und unterstützt.

Um nicht ganz so blöd dazustehen, wird dann eiligst erklärt weshalb der Aufruf weiterhin nicht von der DKP unterschrieben wird, die Mitglieder aber vor Ort mitarbeiten sollen. Oder dürfen sie mitarbeiten? Dieses taktische Herangehen zum Aufruf ist nicht einmal den eigenen Mitgliedern der Partei zu vermitteln?

Widerstandskämpfer\*innen und Überlebende aus Konzentrationslagern des Faschismus, aktive Antifaschist\*innen bis heute und Mitglieder der DKP wie Ernst Grube und Esther Bejarano haben als Erstunterzeichnende diesen Aufruf unterstützt, ihre eigene Partei DKP, die noch vor einem Jahr nicht müde wurde zu beteuern 100% antifaschistisch zu sein, versagt ihre Unterschrift zur Unterstützung.

Dies sind zwei Beispiele, welche Schwierigkeiten es gibt unter linken Kräften – und auch unter kommunistischen Parteien - gemeinsame Politik zu entwickeln und darüber hinaus gemeinsam zu handeln.

Und dies, obwohl immer wieder festgestellt wird, wie wichtig der gemeinsame Kampf ist. Denn klar scheint immer noch allen zu sein, das es keine Alternative dazu gibt, wenn wir die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändern wollen.

Und oft genug funktioniert Zusammenarbeit ja auch – punktuell zumindest.

Doch zwei Dinge sind wichtig für eine vorwärtsweisende und auch langfristige gemeinsame Arbeit:

Erstens: Zusammenarbeit muss gewollt sein!

Zweitens: Es gibt kein „Ober und Unter“ in Bündnissen, Bewegungen, Initiativen. Gemeinsam geht nur gleichberechtigt.

Das dabei auch politische und inhaltliche weitere Diskussionen geführt werden können (wenn es gewollt ist von den Beteiligten), dass dabei auch über Alternativen und andere Gesellschaftsformen, z.B. den Sozialismus, diskutiert werden kann ist nicht ausgeschlossen. Doch auch hier gilt das Prinzip der Gleichberechtigung der Diskussionspartner\*innen.

Die *marxistische linke* will eine gemeinsame Plattform bieten, um zur „Förderung der Zusammenarbeit von MarxistInnen und KommunistInnen, unabhängig von ihrer sonstigen Organisations- oder Parteizugehörigkeit, um gemeinsam zur wissenschaftlichen Erklärung der Realität, zur politischen Willensbildung und einem stärkeren Einfluss marxistischen Denkens in Gesellschaft und Politik beizutragen.“ (Satzung marxistische linke)

Wir müssen darüber hinaus die Menschen für die Politik zurückzugewinnen, müssen Möglichkeiten eröffnen, damit sie selbst mitentscheiden. Die Arbeit der Initiativen für Geflüchtete zeigt die Möglichkeiten, aber auch die Probleme einer selbst entwickelten Politik. Alternative Politik muss im Alltagsleben der Menschen ansetzen und dort stattfinden. Ein alternatives politisches Projekt muss die Interessen und Hoffnungen der arbeitenden Menschen, der Jugend, der Arbeitslosen, Rentner und sozial Ausgegrenzten aufgreifen und deren privatem und beruflichem Leben wieder eine Perspektive geben können.

Dieses Zusammenführen bedeutet nicht 'neue Organisation', obwohl perspektivisch auch eine politische Form gefunden werden muss, die parlamentarische und außerparlamentarische Politik, moderaterer und radikalerer Linke, Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften besser verbindet; Formen, die in Griechenland und in Spanien schon erprobt werden. Aber das entsteht nicht am Schreibtisch, sondern kann nur aus Experimenten, Erfahrungen und gesellschaftlichen Erfordernissen hervorgehen. Heute geht es jedoch darum, dass die Arbeit

an den verschiedenen Orten zusammenfließt, um den Widerstand gegen Austerität, Neoliberalismus und Kriegspolitik zu stärken.

Für uns sollte auch die Bedeutung vom Schluss des Manifest der Kommunistischen Partei immer präsent sein: „*Proletarier aller Länder vereinigt euch!*“

Die Aufforderung sich auch über die Grenzen hinweg zu organisieren, gemeinsame Kämpfe und Aktionen zu entwickeln wird immer dringender. Die Herrschenden schließen sich zusammen undbürden den Bevölkerungen der Länder mit ihren Pakten, Programmen und Gesetzen die Spardiktate, Militarisierung und Sozialabbau auf.

Das Entwickeln grenzüberschreitender Aktivitäten ist von Bedeutung, das hat gerade in den letzten Monaten die Unterstützung für Geflüchtete gezeigt. Kämpfen für ein menschenwürdiges Leben heißt: für Arbeit, Bildung, Kultur, soziale Sicherheit, Gesundheit, Umwelt, Demokratie, Frieden, Solidarität einzutreten, es heißt für offene Grenzen einzutreten.

Wie kann dies und noch darüber hinaus erstritten werden? Was folgt daraus und welche Politik ist nötig, um die erkämpften Rechte dann zu verteidigen?

Diese Fragen müssten im Zentrum der Überlegungen und des Handelns der politischen und gesellschaftlichen Linken - Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften, Intellektuelle, – stehen. Es geht um die Zusammenführung gesellschaftlicher Strömungen.

Mit der AfD in Deutschland und ihren Wahlerfolgen, mit den wahlpolitischen Erfolgen rechter bis ultrarechter Parteien in ganz Europa, und auch mit den Aussagen und dem Abfeiern des Brexit zeigt sich das Erstarren rechter und rechtspopulistischer Parteien deutlich. Und sie nehmen, auch wenn sie nicht in Regierungsverantwortung sind, Einfluss auf die Regierungen in ihren Ländern.

Dem muss dringend in den Ländern Europas ein Riegel vorgeschoben werden, das geht nur durch politische Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg!

Und es müssen auch andere Fragen immer wieder neu diskutiert und beantwortet werden:

Ich frage, ob wir momentan noch in der Situation sind, die Entscheidung für linke

Veränderungen gegen ein barbarisches Europa voranzutreiben?

Die DKP hatte dies auf ihrem 19. Parteitag der DKP 2010 in der beschlossenen Politischen Resolution festgestellt. Was hat sich seitdem politisch, gesellschaftlich, militärisch verändert?

Welche Anstrengungen und Herausforderungen für uns stehen heute an, um linken

Veränderungen in Europa Vorschub zu leisten?

Viele Fragen, die von linken Kräften gegen Rechts und gegen den Ausbau des barbarischen Europa am Besten gemeinsam diskutiert werden müssen, Alternativen entwickeln und zwar solche, die von der Mehrheit der Menschen mitgetragen werden, für die sich viele einsetzen. Aber, s.o., wir müssen die Zusammenarbeit auch wollen.

Die *marxistische linke* hat das Ziel, zum gemeinsamen politischen Handeln der demokratischen und alternativen Linken in Deutschland sowie auf internationaler Ebene beizutragen, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln und den Aufbau eines festen gesellschaftlichen und politischen Blockes gegen den Neoliberalismus zu befördern;

im Sinne von Karl Marx “alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...”.

Ich meine es gibt dazu keine Alternative, um des Lebens willen: friedlich, sozial, demokratisch, ökologisch, feministisch.

Diese Zukunft können wir nur gemeinsam erkämpfen.

